

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren Fraktionsvorsitzende der im Rat der Stadt Coesfeld vertretenen Parteien,

am 27.09.2017 hat die Bürgerversammlung zum Ausbau der Kiebitzweide stattgefunden, in der neben der Gestaltungsplanung auch das Thema „Erschließungsbeitrag“ angesprochen wurde.

Die Stadt Coesfeld soll demnach gem. §129 Abs.1 S. 3 BauGB 10% des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes tragen, den Rest zahlen die Anwohner.

Wir bezweifeln die Richtigkeit dieser Verteilung aus folgenden Gründen:

Die Kiebitzweide ist Ende 1970 bzw. Anfang der 80er Jahre im Zuge des Baus der damaligen „Umgehungsstraße“ (später Konrad-Adenauer-Ring) entstanden, da die Familie [REDACTED], damals noch Marienburger Straße, später Kiebitzweide 13, eine Zuwegung zu ihrem Grundstück, das an der Umgehungsstraße lag, benötigte. Über diese Zuwegung wurden dann auch die in den Jahren 1985-1990 entstandenen Häuser Kiebitzweide 5 und Kiebitzweide 7 erreicht. In den 90er Jahren ist die Stadt mit der Frage, ob sie einen Ausbau der Kiebitzweide wünschen, an die Anwohner herangetreten. Da sich alle 3 Anwohner einig waren, dass ein Ausbau nicht gewünscht werde, beließ es die Stadt Coesfeld dabei (Der Hauptkostenanteil hätte damals nämlich bei der Stadt gelegen!). Seit dieser Zeit ist die Straße weder ordnungsgemäß gewartet noch gepflegt worden. Die Anlieger haben teilweise in Eigenleistung Grünstreifen angelegt, Löcher in der Fahrbahndecke vor ihren Häusern „geflickt“ und die Straße gesäubert.

Mit der Errichtung des neuen Wohngebietes „An der Marienburg“, das über die Kiebitzweide erschlossen wurde und nur über diese erreichbar ist, soll nun die Straße Kiebitzweide möglichst ansehnlich und wohnlich ausgebaut werden. Da drängt sich doch die Vermutung auf, dass die Stadt Coesfeld einen für sie „guten“ Weg gefunden hat, sich aus der „Affaire“ zu ziehen! Es wird ein neues Baugebiet geschaffen, dessen Erschließung angeblich auch nur über die Kiebitzweide erfolgen konnte (Alternativen über das Friedhofsgelände oder die Straße „Am Baakenesch“ wurden sofort abgewiesen), jetzt sollen die Anwohner dieses Baugebietes auch eine „schöne“ Zufahrt erhalten und zwar zu Lasten der Anwohner der Kiebitzweide! Neben der Minderung des Wohnwertes durch Beseitigung eines Biotops, die Beseitigung der vorhandenen Wallhecke entlang des Entwässerungsgrabens (mit den darin lebenden Singvögeln), erheblicher zusätzlicher Verkehr usw. sollen diese Anwohner jetzt den Hauptkostenanteil tragen. Es ist wohl kaum zu leugnen, dass die Stadt Coesfeld, trotz ihrer Beteuerungen, der Ausbau der Kiebitzweide sei schon häufiger in den Haushaltsplanungen vorgesehen gewesen (warum passt es ausgerechnet jetzt in den Haushalt?), eine für sie kostengünstige Lösung gefunden hat.

Frau Martina Roters vom Fachbereich „Bauen und Umwelt“ erläuterte bei der Bürgerversammlung, dass der Ausbau der Kiebitzweide schon häufiger in den

Haushaltsplanungen früherer Jahre vorgesehen gewesen sei . Merkwürdig, dass der Haushalt dann diesen Ausbau ausgerechnet jetzt zu einem für die Stadt Coesfeld bestens geeigneten Termin zulässt!

Die Kiebitzweide würde ganz sicher auch heute nicht ausgebaut, gäbe es nicht das neue Wohngebiet „An der Marienburg“!

Mit der vorgesehenen Kostenverteilung sind wir somit nicht einverstanden und behalten uns hierzu juristischen Beistand vor.

Es liegt zudem in unserem Interesse, die Kosten so niedrig wie möglich zu halten. Dazu gehören z.B. auch die Überlegungen seitens der Stadt, Straßenlaternen zu versetzen und zu erneuern, mit der Begründung, die Straße sei derzeit nicht ordnungsgemäß ausgeleuchtet. Diese Beleuchtung hat doch für die Anwohner der Kiebitzweide all die Jahre ausgereicht, warum jetzt plötzlich nicht mehr? Auch soll auf einmal der Unterbau der Straße geprüft werden, ob er noch geeignet ist. Für die Anwohner hat er über Jahrzehnte gehalten, jetzt wird er in Frage gestellt?

Aus dem Protokoll der Bürgerversammlung vom 27.09.2017 in der Cafeteria der Werkstätten Haus Hall geht deutlich hervor, dass die Stadtverwaltung die Errichtung einer Tempo 30-Zone bevorzugt, obwohl die Anwohner der Kiebitzweide (aus diversen Gründen: Bewohner müssten sich an die neue, für sie gefährlichere Verkehrssituation gewöhnen, die Straße wird häufig von Familien mit Kindern frequentiert, ebenso von den Bewohnern von Haus Hall etc.) einen verkehrsberuhigten Bereich präferieren. Laut Stadtverwaltung sieht die aktuelle Rechtsprechung eine max. Straßenlänge von 300m für einen verkehrsberuhigten Bereich vor. Trotzdem muss die Stadtverwaltung nun erneut prüfen, ob ein verkehrsberuhigter Bereich überhaupt realisiert werden kann. Dieser Prüfvorgang ist doch überflüssig, wenn die Rechtslage, wie in diesem Fall, klar ist. Warum die Stadt hier also Prüfbedarf sieht, ist nicht nachvollziehbar – der Prüfvorgang selbst ist intransparent. Offenbar will die Stadt ihre Vorhaben gegen den Willen der Anwohner durchdrücken.

Wir bitten Sie, diese Überlegungen in Ihre Entscheidungsfindung mit einfließen zu lassen und unsere Interessen zu vertreten.

Mit freundlichen Grüßen

